

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 59 (1980)
Heft: 9

Artikel: SP und Landwirtschaftspolitik
Autor: Schaffer, Hans Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-347730>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

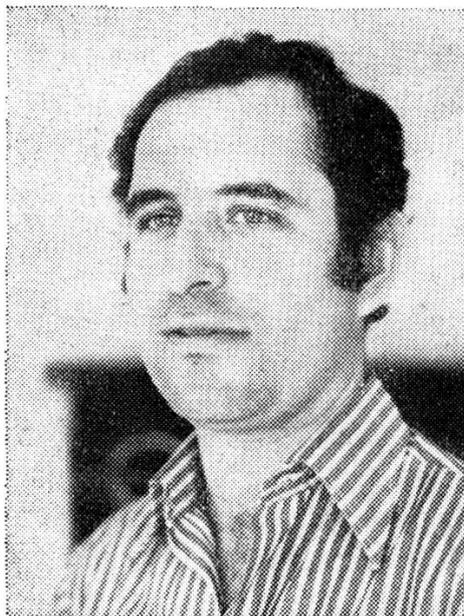
Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

SP und Landwirtschaftspolitik



Die Frage, inwieweit sich die SP mit Landwirtschaftspolitik befassen sollte, ist nach wie vor aktuell, weisen doch sich ablösende Schwierigkeiten beim Absatz von Milch, Fleisch, Tomaten und weiteren landwirtschaftlichen Produkten einerseits sowie die übermässigen Futtermittelimporte im Angesicht des Brachlandproblems im Alpenraum andererseits auf ungelöste Probleme hin. Die Landwirtschaft hat entscheidende Einflüsse auf die Wohlfahrt in unserem Staatswesen, sei es in bezug auf die Versorgung mit Nahrungsmitteln, in bezug auf die Beeinflussung der Umweltgüter Boden, Wasser und Landschaft oder in bezug auf die Preis-

bildung. Es ist gefährlich, eine Partei einfach von der Landwirtschaftspolitik fernhalten zu wollen mit der Begründung, der Wähleranteil aus bäuerlichen Kreisen rechtfertige den Aufwand nicht, wie es im «Profil» Nr. 5/1980 getan wird (vergleiche: «... wie wenig politisch relevant es zum Beispiel sein kann, eine sozialdemokratische Landwirtschaftspolitik zu entwickeln.» Paul Ignaz Vogel, Grosse Hoffnung für Arbeiter und Angestellte, Seite 137).

Es dürfte für eine Regierungspartei kaum verantwortbar sein, die Land- und Forstwirtschaftspolitik einfach als bürgerliche Domäne zu betrachten, wie es offenbar immer wieder gemacht wird. Es sei beispielsweise daran erinnert, dass die landwirtschaftlich genutzte Bodenfläche etwa 50 Prozent, der Wald etwa 25 Prozent des Schweizer Bodens bedecken. Mitbeteiligung an dieser Landwirtschaftspolitik soll, wie es oft von bürgerlicher Seite missdeutet wird, nicht Revolutionierung um jeden Preis heissen. Sie soll aber dazu beitragen, einerseits die Landwirtschaft, insbesondere im Jura-, Alpen- und Voralpenraum, lebensfähig zu erhalten und andererseits dafür sorgen, dass durch die Qualität, die Quantität und die Herkunft der Nahrungsmittel eine ausgewogene Versorgung der Konsumenten sichergestellt wird, dass die Landschaft, die Gewässer und der Boden nicht übermässig belastet werden und dass eine durchschaubare Subventionierungs- und Preispolitik betrieben wird, die insbesondere auf die Mittel- und Kleinbetriebe sowie auf die Konsumenten Rücksicht nimmt.

Grundlage für eine den SP-Zielsetzungen entsprechende humane Gesellschaft – von der wir heute weit entfernt sind – ist die Anerkennung der

Existenzberechtigung aller Lebewesen unter würdigen Umständen. Die landläufige Meinung, wer den Tieren gegenüber ein Rohling sei, könne nicht den Menschen gegenüber ein Engel sein, ist kaum aus der Luft gegriffen. Gerade beim Problem der «Tierfabriken» müsste sich die SP demnach vermehrt für die geschändete Kreatur wehren, und zwar wohl wissend, dass dabei Rückwirkungen auf die Preise kaum ausbleiben werden. Am Rande sei dazu noch beigefügt, dass der Schritt von der gewinnorientierten Tierfabrik zum gewinnorientierten Wohnsilo für Menschen (oder umgekehrt) oft nur ein geringer ist.

Unser Land kann sich, trotz sich wiederholenden Überschüssen bei einzelnen Landwirtschaftsprodukten, bei weitem nicht selbst ernähren. Der Selbstversorgungsgrad mit Nahrungsmitteln dürfte lediglich bei 55 Prozent liegen; nahezu die Hälfte wird also aus anderen Ländern bezogen. Dazu sei noch angeführt, dass die zeitweise auftretenden Überschussproduktionen beim Fleisch nur auf Grund übermässiger Futtermittelimporte möglich sind. Es handelt sich gerade bei der Problematik um die Selbstversorgung um ein Thema, das von einer die Lohnbezüger vertretenden Partei nicht übergangen werden darf. Gerade diese Lohnbezüger und davon vor allem die unteren Einkommenschichten werden von möglichen Verknappungserscheinungen durch sofort steigende Preise besonders betroffen.

Die landwirtschaftlich genutzte Bodenfläche – übrigens in der Regel die von den natürlichen Gegebenheiten her produktivste – gilt nach wie vor für viele Spekulanten immer noch als unerschöpfliche Reserve an Baulandfläche. Sowohl die Raumplanung als auch eine gezielte Landwirtschaftspolitik sollten diese Baulandreserve mit tauglichen Mitteln nachhaltig auf ein Minimum einschränken, ohne dass die Baulandpreise ins Unermessliche wachsen. Gerade dies ist eine Aufgabe, die kaum ohne die Mitwirkung der SP zufriedenstellend gelöst werden kann.

Ungelöst und vielschichtig sind die ökologischen Probleme, die durch die heute fortschrittliche Landwirtschaft ausgelöst werden. Diese fortschrittliche Landwirtschaft produziert nach modernen Grundsätzen; sie produziert das, was wirtschaftlich ist, sie hat sich spezialisiert. Der Landwirt wird durch diese Entwicklung zum Techniker, dem die Kenntnisse über ökologische Zusammenhänge je länger, desto mehr fehlen werden. Wird der Landwirt «das werden, was die meisten von uns sind: Egoisten, Ökonomen, die das Heute vor das Morgen stellen, den Eigennutz vor das Interesse der Gemeinschaft». Es stellt sich in diesem Zusammenhang insbesondere die Frage, ob uns denn bewusst ist, dass der Preisdruck im Agrarbereich die konsequente Nutzung und Mobilisierung aller technischen Möglichkeiten zur Folge hat, was wiederum eine drastische Belastung des Naturhaushaltes bewirkt. Diese Belastung schlägt sich ihrerseits in den Umwelts- und Gesundheitsausgaben der öffentlichen Hand nieder und ist somit durch den Steuerzahler indirekt zu bezahlen.

Es ist bekannt, dass die Landwirtschaft in vielen Regionen wegen der Mechanisierung und in Form von Dünge- und Schädlingsbekämpfungsmitteln wesentlich mehr Energie verbraucht, als sie schliesslich als Nahrungsmittel wieder erzeugt. Dabei weiss man, dass beispielsweise durch die Verwendung von selbsterzeugtem Biogas die benötigte Fremdenergie, wenigstens in den Gebäuden, vermindert werden könnte.

Die SP hat offenbar als einzige Grosspartei erkannt, dass beispielsweise der Bau von Grosskraftwerken auf die hergebrachten baulichen, verteilungsmässigen und sozialen Strukturen sowie auch ökologisch grosse und ohne Zweifel negative Auswirkungen hat. Gerade die Förderung einer dezentralisierten Energieversorgung in der Landwirtschaft liegt deshalb im Interesse einer zukunftsgerichteten Energiepolitik.

Sollte zukünftig die Verwendung von Nahrungsmitteln wie beispielsweise von Getreide zur Herstellung von Treibstoffzusätzen für Motorfahrzeuge diskutiert oder in Aussicht genommen werden, wie es in den USA und in lateinamerikanischen Staaten geschieht, dann wäre es wohl in erster Linie die SP, die angesichts des Hungers in der Welt und angesichts des geringen Selbstversorgungsgrades vehement ihr Veto einlegen müsste.

Die Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft im Jura-, Alpen- und Voralpenraum, die insbesondere gestressten Arbeitnehmern aus den Agglomerationen je länger, desto mehr als Erholungsstätte dient, ist abhängig von der wirtschaftlichen Lage der Berglandwirtschaft im allgemeinen und den einzelnen Bergbauern im besonderen. Die Produktion dieser Berglandwirtschaft dürfte unter den vorgegebenen und erschwerenden Umständen kaum zu klein sein; sie wird aber trotzdem oft an der Produktivität anderer Wirtschaftszweige gemessen, die auf Kosten der Zukunft trügerisch viel produzieren. An dieser Stelle sollen die in der «Weltwoche» vom 8. November 1978 gemachten Äusserungen wiederholt werden: «Aber gerade am Beispiel der Berglandwirtschaft hat sich das Ungenügen schweizerischer Agrarpolitik augenfällig offenbart: Sie zielt darauf ab, den Bauern vermittelt kostendeckender Produzentenpreise das Einkommen zu garantieren. Doch die Klein- und Bergbauern bringen es mit dieser Politik nie auf einen grünen Zweig. Hingegen wird mit ihrem permanenten Einkommensrückstand ohne Hemmungen gesamtlandwirtschaftliche Forderungspolitik betrieben . . . So erzwungene höhere Preise nützen nämlich sehr einseitig den Grossbauern mit günstigen Produktionsbedingungen und führen zu einer Überschussproduktion, die dann wieder mit Bundesgeldern verwertet werden muss.»

Angesichts der vielschichtigen und teilweise ungelösten Probleme um die Landwirtschaft, die nicht nur den relativ geringen Wähleranteil aus dem Bauernstand betreffen, scheint es mir eine Notwendigkeit zu sein, dass die SP eine eigene Landwirtschaftspolitik betreibt, denn die folgende Generation wird die Agrarpolitiker der jetzigen mit Sicherheit nicht daran messen, was sie veränderten, sondern was sie bewahren konnten.